

26.08.2021

# **Beschlussempfehlung und Bericht**

## **des Wissenschaftsausschusses**

zu dem Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/14277

**Vom Wissenschaftszeitvertragsgesetz zum "Gesetz für Gute Arbeit in der Wissenschaft"**

**Berichterstatter**

Abgeordneter Helmut Seifen

## **Beschlussempfehlung**

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 17/14277 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 25.08.2021 /Ausgegeben: 26.08.2021



## Bericht

### A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der SPD „Vom Wissenschaftszeitvertragsgesetz zum "Gesetz für Gute Arbeit in der Wissenschaft"", Drucksache 17/14277, wurde am 30. Juni 2021 vom Plenum zur alleinigen Beratung an den Wissenschaftsausschuss überwiesen. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des Wissenschaftsausschusses erfolgen. Der Antragsteller fordert eine Bundesratsinitiative zu starten, die eine Reform und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen unterstützt. Dazu soll das Wissenschaftszeitvertragsgesetz zu einem „Gesetz für Gute Arbeit in der Wissenschaft“ weiterentwickelt werden.

### B Beratung

Der Wissenschaftsausschuss befasste sich auf Wunsch des Antragstellers mit dem Antrag erstmalig und abschließend in seiner Sitzung am 25. August 2021.

Die Fraktion der SPD führt aus, dass die aktuellen Arbeitsbedingungen an den Hochschulen nicht mehr zeitgemäß seien. Die Beschäftigungsverhältnisse müssten dringend verbessert werden. Insbesondere die Initiative „#IchbinHanna“ hätte aufgezeigt, wie prekär die Lage für Promovierende und Post-Docs an den Hochschulen sei. In ihrem Antrag würden Maßnahmen aufgezeigt, die eine Verbesserung des akademischen Mittelbaus versprechen. Die SPD fordert von der Landesregierung eine Bundesratsinitiative, um die im Antrag vorgeschlagenen Reformen umzusetzen.

Die Situation an Hochschulen, dass 80 % der Stellen befristet seien, sollte alle Fraktionen in Sorge versetzen, meint die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es bestünde dringender Handlungsbedarf. Der vorliegende Antrag enthalte ein Konglomerat an Forderungen und Maßnahmen, Themen wie Teilzeitverträge und Überstunden an Hochschulen seien aber keine Bestandteil. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilt mit, sich enthalten zu wollen und kündigt an, einen eigenen Antrag einbringen zu wollen.

Die Fraktion der AFD merkt an, dass Sie vor einiger Zeit mit einem eigenen Antrag bereits auf die Problematik hingewiesen habe, der jedoch von den anderen Fraktionen im Ausschuss abgelehnt wurde. Sie begrüßt die Intention des Antrags, die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses verbessern zu wollen, lehnt aber die Instrumente (z.B. die Graduiertenschulen und eine gewerkschaftliche Vertretung) ab.

Der vorliegende Antrag behandle ein wichtiges Thema, führen die regierungstragenden Fraktionen aus. Der Karriereweg müsse für Akademiker planbarer werden, die dargelegten Lösungsansätze seien aber nicht zu Ende gedacht. Die Fraktion der FDP bringt an, dass die Kernforderung einer Bundesratsinitiative sie sehr verwundere, denn die SPD befinde sich seit vielen Jahren in der Bundesregierung. Missstände könnte bzw. hätte sie bereits ändern können. Statt gesetzlicher Vorgaben, sollte in den Dialog mit den Hochschulen eingetreten werden. Diese hätten bereits viele Anstrengungen unternommen, um die Situation ihrer Beschäftigten zu verbessern. Die Fraktion der CDU verweist zudem auf die Evaluation des aktuellen Wissenschaftszeitvertragsgesetz, dessen Ergebnisse abgewartet werden sollten.

Auch der Landesregierung sei es ein wichtiges Anliegen, für Beschäftigte an Hochschulen ein sicheres Arbeitsverhältnis zu schaffen. Sie weist aber auf den ungünstigen Zeitpunkt des Antrags hin, da die Ergebnisse der Evaluation noch ausstehen. Die Landesregierung bekräftigt,

offen zu sein für Änderungen, wenn eine belastbare Analyse des Wissenschaftszeitvertragsgesetz vorliege und einen Reformbedarf aufzeige.

### **C Abstimmung**

In der sich anschließenden Abstimmung im Wissenschaftsausschuss wird der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion von SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Helmut Seifen  
Vorsitzender